

Kleine Anfrage

**der Abg. Martin Rothweiler und Maximilian Gerner
AfD**

Baden-Württemberg im Wettbewerb um europäische AI Gigafactories

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen hat sie bislang ergriffen, um im Rahmen der derzeit laufenden Ausschreibung des European High Performance Computing Joint Undertaking (EuroHPC JU) zur Errichtung europäischer AI Gigafactories die Ansiedlung einer europäischen AI Gigafactory in Baden-Württemberg zu unterstützen?
2. Inwieweit hat sie seit der Ankündigung der europäischen AI-Gigafactory-Initiative Standorte in Baden-Württemberg auf ihre Eignung als Standort einer AI Gigafactory geprüft und gegenüber der Bundesregierung, der Europäischen Kommission, EuroHPC JU oder möglichen privaten Konsortialpartnern als potenzielle Standorte benannt oder vorgeschlagen?
3. Welche Gespräche hat sie seit Beginn des informellen europäischen Interessenbekundungsverfahrens im Jahr 2025 mit der Bundesregierung, EuroHPC JU, der Europäischen Kommission oder anderen öffentlichen Stellen über eine mögliche Ansiedlung einer AI Gigafactory in Baden-Württemberg geführt (Aufschlüsselung nach Gesprächspartnern, Datum der Gespräche und Ergebnissen der Gespräche)?
4. Welche Kenntnisse hat sie über Interessenbekundungen, Bewerbungen oder Bewerbungsvorbereitungen von Unternehmen, Forschungseinrichtungen oder Konsortien mit Sitz oder möglichem Projektstandort in Baden-Württemberg, insbesondere unter Beteiligung der Schwarz Gruppe sowie gegebenenfalls weiterer deutscher Bewerberkonsortien?
5. In welcher Form unterstützt oder beabsichtigt sie baden-württembergische Standorte, Unternehmen, Forschungseinrichtungen oder Konsortien bei einer Bewerbung im laufenden AI-Gigafactory-Verfahren zu unterstützen, insbesondere durch Kofinanzierung, Bürgschaften, Infrastrukturmaßnahmen, Bereitstellung von Flächen oder Unterstützung im Genehmigungsverfahren?
6. Welche Standorte in Baden-Württemberg erfüllen nach Kenntnis beziehungsweise Einschätzung der Landesregierung grundsätzlich die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine AI Gigafactory hinsichtlich verfügbarer Flächen, Stromanschlussleistung, Netzkapazität, Umspannwerken, Glasfaseranbindung, Wasserversorgung beziehungsweise Kühlung und sonstiger erforderlicher Infrastruktur?
7. Mit welchen Zeiträumen wäre an den nach Ziffer 6 grundsätzlich geeigneten Standorten jeweils für die Bereitstellung der erforderlichen Stromanschluss- und Netzkapazitäten sowie für die wesentlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren zu rechnen?
8. Welche Abstimmungen führt sie mit der Bundesregierung, insbesondere dem für Deutschland im Vergabeverfahren zuständigen Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt, um baden-württembergische Interessen und mögliche Standorte im deutschen Beitrag zur europäischen AI-Gigafactory-Initiative zu berücksichtigen?

9. Wie erklärt sie vor dem Hintergrund der im Koalitionsvertrag formulierten Ziele, Baden-Württemberg zu einem führenden KI-Standort Europas zu entwickeln und „geeignete Standorte in europäische und nationale KI-Infrastrukturprogramme“ einzubringen, dass nach Kenntnisstand der Fragesteller bislang kein Standort in Baden-Württemberg als Standort einer europäischen AI Gigafactory bestätigt ist?
10. Welche konkreten Schritte wird sie bis zum Ende der laufenden Ausschreibungsfrist am 12. November 2026 noch unternehmen, um die Ansiedlung einer AI Gigafactory in Baden-Württemberg beziehungsweise die Beteiligung baden-württembergischer Akteure an einem erfolgreichen Gigafactory-Konsortium zu erreichen?

28.9.2026

Rothweiler, Gerner, Kuhs, Lindenschmid AfD

Begründung

Mit der europäischen AI-Gigafactory-Initiative soll eine neue Größenordnung strategischer KI-Recheninfrastruktur in Europa geschaffen werden. Die derzeit laufende EuroHPC-Ausschreibung sieht die Auswahl von bis zu sieben AI Gigafactories vor. Deutschland beteiligt sich am Verfahren für großskalige AI Gigafactories und hat hierfür erhebliche nationale Mittel in Aussicht gestellt. Die Bewerbungsfrist endet am 12. November 2026. (Vgl. EuroHPC JU, Pressemitteilung „The EuroHPC Joint Undertaking launches the AI Gigafactories Call“, 30. Juli 2026.)

Baden-Württemberg verfügt mit dem Höchstleistungsrechenzentrum Stuttgart, der dort angesiedelten europäischen AI Factory HammerHAI, dem Karlsruher Institut für Technologie, weiteren führenden Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie einer starken industriellen Basis bereits über ein bedeutendes KI-Ökosystem. Mit HammerHAI ist Baden-Württemberg bereits unmittelbar in den Aufbau der europäischen KI-Recheninfrastruktur eingebunden. Die geplanten AI Gigafactories stellen jedoch hinsichtlich Rechenleistung, Investitionsvolumen und strategischer Bedeutung eine nochmals deutlich größere Ausbaustufe dar. (Vgl. EuroHPC JU, „Germany – HammerHAI“.)

Vor diesem Hintergrund und angesichts des im Koalitionsvertrag formulierten Ziels, Baden-Württemberg zu einem führenden KI-Standort Europas zu entwickeln und geeignete Standorte in europäische und nationale KI-Infrastrukturprogramme einzubringen, besteht seitens der Fragesteller ein erhebliches Interesse an der Frage, ob und mit welchen konkreten Maßnahmen die Landesregierung eine Ansiedlung beziehungsweise Beteiligung Baden-Württembergs an der laufenden europäischen AI-Gigafactory-Initiative verfolgt.

Nach Kenntnisstand der Fragesteller ist bislang kein Standort in Baden-Württemberg als Standort einer europäischen AI Gigafactory bestätigt. Ziel der Kleinen Anfrage ist deshalb zu klären, welche Aktivitäten die Landesregierung zur Beteiligung Baden-Württembergs an dieser strategisch und wirtschaftlich bedeutenden Infrastrukturinitiative unternommen hat und welche Maßnahmen sie vor Ablauf der laufenden Ausschreibungsfrist noch beabsichtigt.